Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Lieber ins Gefängnis als Teil des Genozids – Über 120 israelische Jugendliche verweigern Militärdienst
2. Israels Krieg gegen Gazas Kinder
3. Vor 85 Jahren: Faschistischer Vernichtungswahn überrollt die Sowjetunion
4. Die Ukraine trifft Putins wunde Punkte – für Geländegewinne fehlen ihr aber die Soldaten
5. Ukraine: Nun steht Orbans EU-freundlicher Nachfolger auf der Bremse
6. Geheimer Pistorius-Plan: Wie die Bundeswehr auf 460.000 Soldaten wachsen soll
7. Bundesregierung bereitet Bundeswehr-Einsatz in der Straße von Hormus vor: Spiel mit dem Feuer
8. Drehbuch für den Massenmord
9. Fragwürdige Initiativen für Libyen
10. 250 Jahre USA – und kein Grund zum Feiern
11. „Linke ausrotten“
12. Hubertz kündigt Einsparungen von 1,5 Milliarden Euro beim Wohngeld an
13. Rente: später, weniger und teurer?
14. Erbschaftsteuer: Schlupflöcher für Großerben schließen
15. Nach Beratungen mit Merz Bund und Länder einig bei Entlastung für Kommunen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Lieber ins Gefängnis als Teil des Genozids – Über 120 israelische Jugendliche**

verweigern Militärdienst
Immer wieder gab es in den vergangenen Jahren israelische Jugendliche, die ins Gefängnis gingen, weil sie lieber in Haft saßen, als Teil des Krieges gegen Gaza zu werden. Bislang blieben das meist Einzelfälle. Zum Ende des israelischen Schuljahrs am 19. Juni haben nun mehr als 120 Schülerinnen und Schüler gemeinsam einen Brief unterzeichnet und darin ihre Verweigerung erklärt. […]
ie stellen sich klar gegen die Behauptung, Israels Kriege seien Selbstverteidigung. Alle seien mit dem Mythos aufgewachsen, dass Israel nur zur Selbstverteidigung handle, schreiben sie. Das Bildungssystem schüre von klein auf Angst und lasse die Jugendlichen glauben, es gebe „keine andere Wahl“. Die Schulen bereiteten auf die Armee vor und impften eine militaristische Weltsicht ein, so die Schülerinnen und Schüler. Doch der Eintritt in die Armee sei nicht unausweichlich. „Niemand wird als Soldat geboren“, heißt es im Brief. Die Regierung Netanjahu bezeichnen die Jugendlichen als diktatorisch.
Quelle: etos.media

2. **Israels Krieg gegen Gazas Kinder**
UN-Menschenrechtsrat konstatiert, dass Tel Aviv gezielt und systematisch Kinder in der abgeriegelten Enklave tötet. Heranwachsende seien Folter und sexualisierter Gewalt ausgesetzt
Der Gazastreifen ist voll mit Terroristen. Jedes Kind, das jetzt – in dieser Minute – geboren wird, ist bereits ein Terrorist«, sagte der Likud-Abgeordnete Nissim Vaturi im Januar 2025 im israelischen Fernsehen. Der ehemalige Knesset-Sprecher Mosche Feiglin legte im Mai 2025 nach: »Jedes Kind dieser Art, dem ihr jetzt Milch gebt, wird in 15 Jahren eure Töchter vergewaltigen und eure Söhne niedermetzeln«, sagte er in einem TV-Interview. Seine Konsequenz: »Nicht ein einziges Kind« solle in dem Küstenstreifen bleiben.
Es ist eine Logik, die sich wie ein roter Faden durch die Völkermorde der Geschichte zieht: Das eigene Kollektiv wird als Opfer imaginiert, das einer Gruppe gegenübersteht, die das absolut Böse repräsentiert. Um das eigene Überleben zu sichern, müssen die anderen ausgerottet oder weggeschoben werden. Das schließt explizit auch deren Kinder ein, denn die sind die Bösen von morgen. Diese Schlussfolgerung ist keine Randerscheinung in der israelischen Politik, sondern Regierungspraxis – zu diesem Ergebnis kommt der UN-Menschenrechtsrat in einem am Dienstag veröffentlichten Bericht.
Quelle: junge Welt

3. **Vor 85 Jahren: Faschistischer Vernichtungswahn überrollt die Sowjetunion**
Am 22. Juni 1941 hat das faschistische «Großdeutsche Reich» die Sowjetunion überfallen – vertragsbrüchig, aber dennoch angekündigt. Es folgte ein Raub-,

Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen ein Land, den es vorher so nicht gab. Dahinter standen allerdings auch westliche Interessen, über die heute kaum geredet wird.
Quelle: Globalbridge

4. **Die Ukraine trifft Putins wunde Punkte – für Geländegewinne fehlen ihr aber die Soldaten**
Kyjiws Drohnen zerstören Russlands Ölindustrie und isolieren zunehmend die Krim. Dass Putin deshalb einlenkt, halten Fachleute aber für unwahrscheinlich […]
"Die Ukraine ist sehr innovativ, und die Zusammenarbeit zwischen privaten Firmen und dem Staat läuft vorbildhaft. Die Überlegenheit ist aber auch nicht 2 zu 1 oder 10 zu 1, sondern eher 1,4 zu 1. Das wird auf lange Sicht nicht entscheidend sein."
Ein nachhaltiges Momentum, also eine über längere Zeit günstige Kriegsdynamik, vermag er nicht auszumachen. Zwar richteten die Drohnenangriffe auf die russischen Logistiklinien und die Langstreckenschläge gegen die Ölindustrie großen Schaden an. Zugleich habe die Ukraine auf dem Boden aufgrund der Personalsituation kaum etwas nachzusetzen. Ohne zusätzliche Bodentruppen sind größere Durchbrüche, etwa in Richtung der russisch besetzten Landbrücke im Südosten der Ukraine, aber praktisch unmöglich – was freilich auch für die russische Seite im Donbass gilt. "Ich glaube nicht, dass man die Krim jemals zurückerobern kann", sagt Ledwidge.
Quelle: der Standard

dazu auch: **Erst kommt das Geld zur "Verteidigung", dann der Angriff auf Russland**
Bingo für Selenskyj: Obwohl er wegen des Geschichtsstreits mit Polen nicht zu einer Geberkonferenz nach Danzig gereist ist, klingelt die ukrainische Kasse. Geld kommt aus Berlin, Brüssel und Washington. Nun will Selenskyj in die Offensive gehen.
Zum Auftakt des "Superzahltags" wies Brüssel die erste Zahlung aus dem schuldenfinanzierten 90 Mrd.-Euro-Kredit der EU an: 3,2 Mrd. Euro an "makrofinanzieller Hilfe". Dazu sollen in den nächsten Tagen nochmal 6 Mrd. Euro für Drohnen kommen.
Dann kündigte die Weltbank weitere 3,4 Mrd. US-Dollar an.
Quelle: Lost in Europe

5. **Ukraine: Nun steht Orbans EU-freundlicher Nachfolger auf der Bremse**
Was hat man uns nicht alles nach der Abwahl des ungarischen Regierungschefs V. Orban versprochen. In der EU werde endlich wieder alles rund laufen, die Ukraine könne ganz schnell Mitglied werden, und dann wäre alles gut. Doch nun stellt sich heraus, daß es beim EU-Gipfel schon wieder Streit gab – nicht mit Ungarn, sondern

vor allem mit Deutschland. Auch bei der Ukraine hapert es. Ausgerechnet Orbans EU-freundlicher Amtsnachfolger Magyar hat beim Gipfeltreffen in Brüssel verhindert, daß ein rascher Beitritt angekündigt wurde – und gleich noch die Öffnung von neuen Beitrittskapiteln blockiert.
Quelle: Lost in Europe

6. **Geheimer Pistorius-Plan: Wie die Bundeswehr auf 460.000 Soldaten wachsen soll**
Ein internes Papier des BMVg enthüllt die Details der neuen "Verteidigungsaufstellung 2029". So soll die Truppe im Ernstfall mobilisiert werden. […]
Breuer brachte die Stoßrichtung laut Defence Network auf den Punkt: "Im Ernstfall fällt weg, was nur im Frieden relevant ist".
Für Kommunen, Landkreise und den zivilen Katastrophenschutz mit seinen 1,7 Millionen Feuerwehrleuten bedeutet das: Sie stehen im Verteidigungsfall auf sich allein gestellt da, und zwar ausgerechnet dann, wenn russische Sabotage und Angriffe auf Infrastruktur das Inland treffen oder Raketen einschlagen. […]
Die Reserve erhält in der Verteidigungsaufstellung eine "herausgehobene Bedeutung". Reservisten sollen so tief in aktive Strukturen integriert werden, dass sie im Krisenfall "sofort Seite an Seite" mit regulären Kräften einsatzbereit sind.
Pistorius beziffert den Zielkorridor auf etwa 260.000 aktive Soldaten plus rund 200.000 Reservisten. Um diesen Aufwuchs zu erreichen, diskutiert die Politik bereits über eine Grundbeorderung bis zum 65. Lebensjahr und die Abschaffung der bisherigen doppelten Freiwilligkeit bei Reserveübungen.
Parallel trainiert die Luftwaffe auf zivilen Flughäfen den Ausweichbetrieb nach dem Nato-Konzept Agile Combat Employment (ACE), weil feste Militärbasen im Ernstfall als erste unter Beschuss gerieten.
Quelle: Telepolis

dazu auch: **Bundeswehr-Rekruten-Flop – nach halbem Jahr Fragebögen nur 530 Freiwillige**
Seit Jahresbeginn erhalten Volljährige in Deutschland vom Verteidigungsministerium initiiert einen Bundeswehr-Fragebogen zum Thema der erhofften Karriere bei der Truppe. Ausgehend von den Auswertungen ergaben sich nach 298.200 Briefen dabei mehr als ernüchternde Realitäten.
Quelle: RT DE

Anmerkung unseres Lesers R.H.: *Die junge Generation ist heller als ich dachte. Man muss ja nicht unbedingt demonstrieren. Es reicht, wenn man sagt: Nein! Wie Wolfgang Borchert es 1947 formulierte: "Sag Nein!". "Verteidigungsarmee"? – Wann*

gab es das in den letzten 112 Jahren?

7. **Bundesregierung bereitet Bundeswehr-Einsatz in der Straße von Hormus vor: Spiel mit dem Feuer**
   Die deutsche Marine ist ausgerückt und „ready“ für den Einsatz auf fremden Meeren, so lautete am Morgen des 18. Juni die Botschaft von Kriegsertüchtigungsminister Boris Pistorius (SPD) vor der Kulisse des Brüsseler NATO-Hauptquartiers. Die Presse wurde schnell zusammengetrommelt, um sie an der ganzen Dramatik deutscher Feindfahrten teilnehmen zu lassen: „Während wir hier sprechen, fährt unser Minenjagdboot ‚Fulda‘ und der Tender ‚Mosel‘ durch den Suezkanal Richtung Rotes Meer.“ Dem Ernst der Lage angemessen setzte Pistorius hinzu: „Wenn es soweit ist, sind wir bereit.“
   Wann ist was „soweit“ und wozu sind „wir“ dann „bereit“? Und wo waren „Fulda“ und „Mosel“ eigentlich vorher? Die letzte Frage lässt sich leicht anhand der Einsatzbefehle ablesen, die schon Monate vor der Passage des Suezkanals ausgegeben wurden.
   Quelle: unsere zeit
8. **Drehbuch für den Massenmord**
   Menschenrechtsorganisationen und Außenpolitikexperten üben harte Kritik an der Untätigkeit Berlins und der EU im Hinblick auf den genozidalen Krieg der RSF-Miliz im Sudan. Aktuell droht ein Massaker der RSF, die seit mehr als drei Jahren gegen die regulären Streitkräfte kämpfen, in der Stadt Al Obeid, die strategisch günstig zwischen dem Niltal und der westsudanesischen Region Darfur liegt. Die RSF bereiten sich darauf vor, Al Obeid zu erobern. Zuvor hatten sie bei der Einnahme von Städten in Darfur gezielt schwarzafrikanische Bevölkerungsgruppen ermordet; zuletzt massakrierten sie bei der Eroberung von Al Fashir womöglich zwischen 60.000 und 100.000 Menschen wegen ihrer Hautfarbe. Ökonomisch und im Blick auf Waffenkäufe sind die RSF von den Vereinigten Arabischen Emiraten abhängig, die die Miliz aus geostrategischen Gründen unterstützen. Experten urteilen, die Staaten Europas und Nordamerikas seien ohne weiteres in der Lage, genug Druck auf die Emirate auszuüben, die Unterstützung für die RSF einzustellen. Dies könne den Krieg beenden. Sie unterließen es aber, da sie der ungetrübten Kooperation mit dem Land Vorrang vor der Verhinderung genozidaler Massaker einräumten.
   Quelle: German Foreign Policy
9. **Fragwürdige Initiativen für Libyen**
   Seit einiger Zeit gibt es ein Verwirrspiel um verschiedene Pläne und Initiativen zur Überwindung des politischen Stillstands und der Spaltung des Landes und seiner Institutionen. Es soll eine Roadmap, die den Weg zu Wahlen ebnet, gefunden werden. Genannt seien hier die von der UN-Mission ins Leben gerufenen Initiativen Mini-

Dialog 4plus4 und Strukturierte Dialog sowie der von Massad Boulos, Gesandter des us-amerikanischen Präsidenten Trump, ins Spiel gebrachte Boulos-Plan. Daneben existiert ein gemeinsames Grundsatzpapier zu einer Roadmap, vorgestellt von den bisher zutiefst zerstrittenen libyschen Gremien Parlament, Staatsrat und Präsidialrat, sowie seit neuestem ein Nationaler Fahrplan von einem sogenannten Libyschen Gründungsrat.
Quelle: Gela-News

10. **250 Jahre USA – und kein Grund zum Feiern**
Im Juli 2026 begehen die Vereinigten Staaten den 250. Jahrestag der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung. Die politischen Entscheidungsträger feiern die Entstehung einer Nation, die sich selbst als Verfechterin von Freiheit, Demokratie und individuellen Rechten versteht. Jenseits ihrer Grenzen erzählt die Geschichte dieser zweieinhalb Jahrhunderte jedoch auch von Kriegen, militärischen Interventionen, Wirtschaftsblockaden, Staatsstreichen und einer vielfach kritisierten Ausweitung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht.
Quelle: pressenza
11. **„Linke ausrotten“**
Kolumbiens vermutlich nächster Präsident Abelardo de la Espriella unterhält gute Verbindungen zu Parteien der extremen Rechten in Europa. De la Espriella, der die kolumbianische Präsidentenwahl am Sonntag laut dem vorläufigen Wahlergebnis knapp vor dem Menschenrechtler Iván Cepeda gewonnen hat, ist im Januar in Madrid anlässlich eines Treffens mit Santiago Abascal, dem Präsidenten der ultrarechten Partei Vox, dem von deren Parteistiftung gegründeten Foro Madrid beigetreten – einem Zusammenschluss, der die äußerste Rechte Spaniens und Lateinamerikas vernetzt. In dessen Netzwerke sind andere Ultrarechte wie Chiles Präsident José Antonio Kast und die venezolanische Oppositionelle María Corina Machado eingebunden. Vox vermittelt Kontakte zwischen der äußersten Rechten in Lateinamerika und der extremen Rechten in Europa – so etwa Kontakte zu den Patriots for Europe (PfE). De la Espriella, selbst der äußersten Rechten zugehörig, will Kolumbien auf Rechtsaußenkurs trimmen und das Land wieder den USA unterwerfen. US-Präsident Donald Trump hat zu seinen Gunsten völlig offen in Kolumbiens Wahlkampf interveniert. De la Espriella will „Linke ausrotten“.
Quelle: German Foreign Policy

dazu auch: **Gewerkschaftsarbeit unter Lebensgefahr**
Gewerkschafter leben in Kolumbien gefährlich. Doch die Gewerkschaft Sinaltrainal lässt sich nicht einschüchtern. Sie kämpft für die Arbeitsrechte und die Sicherheit der Nestlé-Mitarbeitenden. work hat mit Sinaltrainal-Chef Carlos Soto bei einem Besuch in

der Schweiz gesprochen.
Quelle: work

12. **Hubertz kündigt Einsparungen von 1,5 Milliarden Euro beim Wohngeld an**
Fast alle Ressorts müssen sparen, auch das Bundesbauministerium. Ministerin Hubertz legt einen Entwurf mit drei konkreten Ideen vor. Ihr Ziel: 1,5 Milliarden Euro Entlastung für den Haushalt in den kommenden zwei Jahren. Bund und Länder müssten dann an anderer Stelle aber mehr Geld ausgeben.
Beim Wohngeld wollen Bund und Länder nach Plänen des Bauministeriums nächstes Jahr zusammen rund 1,5 Milliarden Euro einsparen – jeweils 738 Millionen Euro. Ab 2028 soll die Kürzung insgesamt jährlich gut zwei Milliarden Euro betragen. Dies geht aus einem nun veröffentlichten Gesetzentwurf des Bauministeriums von Verena Hubertz hervor.
Bund und Länder zahlten 2024 nach Angaben des Statistischen Bundesamts je zur Hälfte rund 4,7 Milliarden Euro Wohngeld an gut 1,2 Millionen Haushalte.
Quelle: n-tv
13. **Rente: später, weniger und teurer?**
Die Rentenkommission der Bundesregierung hat ihre Ergebnisse vorgelegt. Positive Elemente sind: Minijobs sollen in die Sozialversicherungen einbezogen werden (wobei eine soziale Ausgestaltung wichtig wäre), ebenso Selbstständige sowie Abgeordnete, Rentenansprüche sollen sich auch in der Grundsicherung positiv auswirken, der Bundeszuschuss für gesamtgesellschaftlich begründete Rentenzahlungen soll gestärkt werden – demgegenüber stehen aber Kürzungspläne der Regierung.
Es überwiegen jedoch Vorschläge, die Verschlechterungen für heutige und zukünftige Rentnerinnen und Rentner bedeuten. Die Möglichkeiten für vorzeitigen Renteneintritt und für Altersteilzeit sollen eingeschränkt und die rentenmindernden Abschläge erhöht werden.
Quelle: ver.di
14. **Erbschaftsteuer: Schlupflöcher für Großerben schließen**
Es war ein durchaus überraschender Vorstoß, den die Finanzminister*innen der norddeutschen Bundesländer Ende letzter Woche der Öffentlichkeit gemeinsam präsentiert haben. In einem parteiübergreifenden Positionspapier
fordern sie eine grundlegende Reform der auf Länderebene erhobenen Erbschaftsteuer. Wenn auch im Ton zurückhaltend formuliert, wird der Impuls recht deutlich: Bei riesigen Erbschaften – gemeint sind hier in erster Linie Betriebsvermögen – besteht ein gewaltiges Ungleichgewicht, was ihren Beitrag zum steuerlichen Gesamtaufkommen betrifft.
Verschiebebahnhof für Vermögen

Denn Fakt ist: Mit ihren Schlupflöchern und Ausnahmen wird die Erbschaftsteuer von einer schwerreichen Klientel erfolgreich als Instrument ausgenutzt, um große Unternehmensübertragungen nahezu steuerfrei verschieben zu können. Im Jahr 2024 gelang es zum Beispiel 45 Großerben unter Ausnutzung der sogenannten Verschonungsbedarfsprüfung, sich künstlich arm zu rechnen und ihre fällige Steuerlast von 3,5 Mrd. Euro um 95 Prozent
zu drücken. Am Ende betrug die Zahlung weniger als 200 Mio. Euro. Ebenso beliebt sind Verschiebungen in Familienstiftungen, mit deren Konstruktion sich inzwischen eine ganze Beraterindustrie beschäftigt.
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

15. **Nach Beratungen mit Merz Bund und Länder einig bei Entlastung für Kommunen**
"Wer bestellt, bezahlt": Diesen Grundsatz wollten die Länder bei bestimmten Gesetzen des Bundes durchsetzen. Das ist geglückt. Bund und Länder haben sich auf eine Finanzreform zur Entlastung der Kommunen geeinigt.
Bund und Länder haben sich auf eine Finanzreform zur Entlastung vor allem der Kommunen geeinigt. Gemeinsam teilten Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies und Bundeskanzler Friedrich Merz dies nach Beratungen in Berlin. Der SPD-Politiker Lies sprach von einem fairen Ausgleich. Die nun getroffene Einigung für künftige Gesetze folgt der Regel: "Wer bestellt, bezahlt." Damit sollen die stark gestiegenen Sozialausgaben der Kommunen gedämpft werden. Gelten soll sie ab dem 1. September.
Quelle: tagesschau